

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich amtl. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Veröffentlichungsweise: täglich (mit Wochentag).
Wegzugspreis: monatlich 3.90 Mark einchl. Postgebühren
oder Briefmarken.
Telefon Nr. 82. — Postfach 24915 Frankfurt a. M.

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Kutsche,
Verlag und Druck der Firma Gellert'scher Verlag und Buchdruckerei
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige 3-Zeilen-Notiz oder deren
Raum 70 Hg. Der 9. mal breite Werbeanzeige 2.10 M.
Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82.
Anzeigenannahme bis 5 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 175

Limburg, Montag, den 2. August 1920.

83. Jahrgang

Die Wirtschaftslage.

Die verzweifelte Finanzlage des Reiches.

Berlin, 31. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichswirtschaftsrates wurde der Reichsfinanzminister Wirth über die Finanzlage des Reiches, die sich als noch viel schlimmer herausstellt, als bisher angenommen wurde. Der Minister rechnet mit einem Fehlbetrag allein in den großen Reichsbetrieben der Eisenbahn und Post von mindestens 20 Milliarden. Dazu kommen Fehlbeträge im ordentlichen Etat von zwölf Milliarden Mark. Auf der Ausgabe Seite ergibt sich also ein Fehlbetrag von 32 Milliarden Mark, mit dem im laufenden Jahre zu rechnen sein wird. Dabei ist noch nicht einmal bekannt, ob auch die Einnahmen des Kohlenabkommens von Spaa, die mit mindestens 6 Milliarden zu beziffern sind, eingerechnet wurden. Auf der Einnahme Seite ist mit erheblichen rückständigen Einnahmen zu rechnen, die ebenfalls Milliarden betragen. Alles in allem schließt das Finanzjahr mit einem Fehlbetrag von mindestens 40 Milliarden, wahrscheinlich einem noch höheren. Gleichzeitig hat der Minister dem Reichstag eine Denkschrift überreicht. Aus ihr geht hervor, daß das Deutsche Reich bis zum 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nicht diskontierten Schatzanweisungen 196 Milliarden Schulden hatte und daß sich die Gesamtschuld des Reiches am 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden belief. Davon waren 123.8 Milliarden schwebende Schuld. Allein der Monat Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln in Höhe von 11.5 Milliarden auf. Unter diesen Umständen ist es ausgeschlossen, daß es selbst starker Anspannung der Steuerkraft gelingen kann, unseren Etat wieder in Ordnung zu bringen. Wir werden weiter Schulden machen müssen, ohne dabei zu fragen, wie je diese Lasten abgetragen werden sollen. Unter allen Umständen muß man sich stärker als bisher gegen neue Belastungen, die nicht unbedingt notwendig sind, wehren, und darf nicht aus irgendwelchen Agitationsgründen, wie es in der letzten Zeit immer wieder geschah, mit Hunderten von Millionen umherwerfen, sonst treiben wir unweigerlich einer Katastrophe zu.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

Berlin, 30. Juli. (W.B.) Der Untersuchungsausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beschäftigte sich in seinen beiden ersten Sitzungen am 28. und 29. Juli mit der Frage der Bewirtschaftung der Kartoffeln und des Fleisches. Die Regierung hatte dem Ausschuss den Entwurf einer Verordnung zur Begutachtung vorgelegt, die als Uebergangsmassnahme und zur Vorbereitung der freien Vieh- und Fleischwirtschaft die Aufhebung der Fleischkarte vorschlägt, die durch die örtliche Kundenliste ersetzt werden soll. Anstelle der Kundenliste soll auf Wunsch einzelner Landesregierungen aber auch die Einführung der Gemeindefleischkarte zulässig sein. Der Verordnungsentwurf lautet auch die Fleischversorgung der Selbstversorger dadurch zu verbessern, daß zukünftig nicht mehr die Gewichtsmenge, sondern ganze Schlachtvieh als Berechnungsgrundlage der Selbstversorgung zugelassen werden sollen. Daneben sind noch einige andere Bestimmungen zur Erleichterung der Selbstversorgung mit Fleisch vorgesehen. Der Ausschuss, der sich nur gutachtlich zu äußern hatte, erklärte sich mit großer Mehrheit gegen diese Verordnung. Sein Hauptbedenken war, daß durch die Annahme der Regierungsverordnung, die eine Weiterbefreiung der Gasthöfe vorsieht, eine starke Bevorzugung derjenigen Kreise eintreten muß, die in den Gasthöfen ihre Mahlzeiten einnehmen. Zwar besteht dieser Zustand tatsächlich heute schon, ihn aber gesetzlich festzulegen, erschien dem Ausschuss bedenklich. Die Ausnahmen, die sich nicht nur auf die vorgelegte Verordnung beschränken, sondern auch eingehend die Gründe für und wider die Fortdauer der Zwangswirtschaft erörterte, wadete mit der Annahme eines Beschlusses, wonach das Gutachten des Ausschusses auf Aufhebung der Zwangswirtschaft nach einigen Monaten bei vorläufiger Beibehaltung der Fleischkarte lautet. Die Aufhebung soll erst erfolgen, wenn gewisse Uebergangsmassnahmen wie die Schaffung von Fleischreserven, die Einfuhr von Futtermitteln und der Abschluß von Lieferungsverträgen durchgeführt wurden. Bezüglich der Kartoffelwirtschaft wurde die Aufhebung der Bewirtschaftung der Kartoffeln einstimmig beschlossen. Auch hier wurde jedoch an die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden durch den Abschluß von Lieferungsverträgen ein Quantum von 35 Millionen Zentner für die städtische Bevölkerung sicherstellen, und daß außerdem Vorkehrungen für weitere Kartoffelreserven, womit etwa eintretende Notstände bekämpft werden können, getroffen wird. Die Fabrikation von Kartoffelstodern und Kartoffelstärke soll im kommenden Winter in der bisherigen Weise weiter geführt werden, weil auch dadurch Kartoffelreserven gesichert werden. Der vollwirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat den hier behandelten Beschlüssen seines Untersuchungsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft in seiner heutigen Sitzung die erforderliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, 30. Juli. (W.B.) In der gestrigen Sitzung des badischen Landtages erklärte der Minister des Innern, daß die teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft in Baden den schärfsten Widerstand der Reichsregierung gefunden habe und Repressalien zu befürchten seien. So wurden keine Kartoffeln von Norddeutschland nach Baden zugelassen. Die badische Regierung hat die Schwierigkeiten vorausgesehen und warnte den Landtag, einer teilweisen Aufhebung der Zwangswirtschaft zuzustimmen. Trotzdem hat

der Landtag einstimmig den Antrag angenommen, wonach die Zwangswirtschaft für Kartoffeln, Del, Schlachtvieh, Fleisch, Fett, Tabak, Flachs und Hanf alsbald aufgehoben werden soll.

Aufhebung der Fleischkarte auch in Württemberg.

Nach einer Stuttgarter Meldung der „Vossischen Zeitung“ hat das württembergische Ernährungsministerium beantragt, daß vom 17. August ab in Württemberg die Fleischkarte aufgehoben wird.

Herabsetzung der Braunkohlenpreise.

Berlin, 30. April. In einer bis in die späten Abendstunden dauernden Sitzung beriet der Reichskohlenverband zusammen mit dem großen Ausschuss des Reichskohlenrates über eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise. Nach der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Dr. Hirsch abgehaltenen Vorbesprechung beschloßen beide Körperschaften den Preis für das mittel- und ostdeutsche Revier bei Brillets um 19 Mark je Tonne, bei Roh-Braunkohle um 9 Mark je Tonne herabzusetzen, für das rheinische Gebiet den Preis für Brillets um 12 Mark, für Roh-Braunkohle um 6 Mark herabzusetzen. Hierzu kommen für die Verbraucher noch 20 Prozent obiger Beträge, die an Kohlensteuer gespart werden. Der Beschluß bedeutet eine Herabsetzung der Braunkohlenpreise um etwa 12 bis 15 Prozent und stellt einen erheblichen Fortschritt auf dem Wege des allgemeinen Preisabbaues dar.

Die Erfüllung des Kohlenabkommens.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge erklärte Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz in einer Unterredung über die Durchführung des Kohlenabkommens von Spaa: Das Zeitwort der Regierung sei: Wir wollen erfüllen. Wir wollen bis zum 15. November zeigen, was wir können. Die Durchführung des Abkommens sei eine schwere organisatorische Aufgabe für die das Kabinett in seiner Gesamtheit die Verantwortung übernehme. Nach einem Kabinettsbeschluss werde das Reichswirtschaftsministerium die Führung bei der Angelegenheit übernehmen. Dem Reichs-Arbeitsministerium werden starke Lasten zufallen und das Verkehrsministerium sehr viel vor der Bewältigung schwerer Eisenbahn- und Binnenschiffahrtstragen. Da die Steigerung der Kohlenförderung in erster Linie eine Arbeiterfrage und damit eine Ernährungsfrage sei, sei die Mitwirkung des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft gleichfalls erforderlich. Ueber die Stellung der Bergarbeiter sagte der Minister, daß Besprechungen mit den Bergleuten in Bochum und in Berlin das Ergebnis gehabt hätten, daß die Bergarbeiter helfen werden, die schweren Lasten zu tragen.

Die Notlage der Zeitungen.

Berlin, 25. Juli. Die Verleger und Redakteure-Versammlung des Augustinus-Bereichs beauftragte ihren ersten Vorsitzenden, in den bevorstehenden Berliner Beratungen auf das entschiedenste für die bedrohten Organe der Presse einzutreten. Im Einzelnen verlangt die Versammlung: 1. Es darf kein Postgebührentarif in Kraft treten, der nicht vorher auch die zuständigen Vertreter der kleinen und mittleren Presse, Verleger wie Redakteure, gehört werden. 2. Bezüglich der Anzeigenpreise, die für alle Blätter eine einheitliche Belastung bedeuten, muß unbedingt erreicht werden, daß die Steuererträge vierteljährlich, nicht jährlich, angemeldet und berechnet werden. 3. Die Senkung des Zeitungspapier-Preises ist eine Lebensfrage für die ganze deutsche Presse. Sie muß unter allen Umständen und unzulässig herbeigeführt werden. 4. Die Versammlung verlangt die Ausarbeitung einer die gegenwärtigen Räte der gesamten Presse knapp und klar behandelnden Denkschrift.

Deutschlands Brandschätzung.

Paris, 30. Juli. (W.B.) Havas. Bertinax veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Artikel über die Verhandlungen in Hythe und Boulogne, aus dem folgendes bemerkenswert ist: „Am die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, was die Wiedergutmachungen anbelangt, zu erreichen, werden die Alliierten versuchen, den Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt unterzubringen, und zwar nach folgenden Prinzipien: 1. Die Wiedergutmachungskommission wird alle Anleihen und Finanzoperationen des deutschen Schatzes im Ausland kontrollieren. 2. Das Ergebnis dieser Anleihen wird von Deutschland zur Zahlung der Wiedergutmachungssumme verwendet werden. Ein Fünftel aber wird Deutschland zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse verwenden können. 3. Als Garantie für diese Anleihen wird ein Depot deutscher Industriewerte, die Einnahmen der deutschen Zollbehörden, die Zahlungen Deutschlands, die noch nicht definitiv dem einen oder anderen der Alliierten überwiesen worden sind und eventuell der Erlös 248 des Vertrages von Versailles den Alliierten ein Privileg gewährt. In dem Artikel 248 des Vertrages von Versailles handelt es sich tatsächlich um alle Einkünfte des deutschen Reiches und der einzelnen Staaten. Die alliierten Regierungen werden nunmehr die Wiedergutmachungskommission ersuchen, die endgültige Höhe der Summe festzusetzen, die Deutschland an die Alliierten schuldet, sowohl die Gesamtsumme als auch die Modalitäten der Jahreszahlungen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits eine feste Zahl unter sich vereinbart, unter der sie kein Kompromiß eingehen werden. Die alliierten Regierungen haben sich zugunsten von 42 feststehenden Jahreszahlungen von je drei Milliarden

Geldmark ausgeprochen, zu denen noch von 1926 ab 37 weitere Jahresraten kommen sollen, die sich stufenweise von 4 zu 5 Jahren erhöhen. Die Summe, deren Zahlung auf diese Art und Weise vorgesehen ist, beläuft sich bis zum Jahre 1863 auf 270 Milliarden Francs. Um sich dieser Schuld zu entledigen, mußte sich Deutschland während des angegebenen Zeitraumes durchschnittlich jährlich 6 Milliarden bezahlen.

Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Berlin, 30. Juli. (W.B.) Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht in allen drei Lesungen angenommen. Die Deutschen Nationalen und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei haben dagegen gestimmt. Bei der Beratung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen zwischen der Rechten und der äußersten Linken.

Anrechnung von Kriegsdienstjahren.

Nach einem Entwurf, der zunächst dem Reichstag zugehen wird, soll allen Beamten, die im Kriege auch als Kriegsteilnehmer Dienst getan haben, auf ihr Befoldungsdienstalter der Zeitraum von 4,5 Kriegsjahren einzurechnen sein.

Die Ueberwachung der Post.

Berlin, 30. Juli. (W.B.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Es wird zurzeit die Postüberwachung noch nach der alten Verordnung geübt. Sie darf aber nicht auf militärische und politische Angelegenheiten beschränkt werden, sondern dient der Behörde als wirksamstes Mittel lebendig zur Bekämpfung der Kapitalflucht nach dem Auslande. Die zuständigen Stellen sind bestrebt, durch den Ueberwachungsdiens keinerlei Verzögerung oder Behinderung des Postverkehrs nach dem Auslande zu verursachen.

Direkte Kabelverbindung mit Ostpreußen.

Berlin, 30. Juli. (W.B.) Um den Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Ostpreußen von Polen unabhängig zu machen, ist ein Kabel zwischen Ostpreußen und der pommerischen Küste gelegt worden, das voraussichtlich etwa am 4. August fertiggestellt sein wird. Es soll in erster Linie dem Verkehr der Städte Berlin, Stettin, und Hamburg zugute kommen. Das Kabel, das in Veba beginnt und in Konstiten endet, ist das längste Fernsprechkabel der Welt mit 170 Kilometer Länge, während das bisher längste Kabel nach Schweden 135 Kilometer mißt.

Die Tschekentransporte.

Curhaven, 30. Juli. (W.B.) Die gestern hier gelandeten Tscheko-Slowaken wurden in drei Sonderzügen nach der Heimat befördert. Die Waffen folgen in späteren Zügen nach, so daß die Truppen waffenlos durch Deutschland reisen. Ein Mitglied des Hamburger Arbeiterrats ist zur Prüfung der Waffenfrage hierhergekommen.

Das Flaggen im besetzten Gebiet.

Koblenz, 30. Juli. (W.B.) Die interalliierte Rheinlandskommission hat unter dem 22. Juli eine Verordnung betreffend das Flaggen erlassen. Diese Verordnung tritt am 5. August in Kraft. Danach sollen die örtlichen Behörden oder Veranstalter von Umzügen, die nationale Fahnen aufziehen oder mit sich tragen wollen, mindestens 48 Stunden vorher dem betreffenden Kreisdelegierten der interalliierten Rheinlandskommission Anträge zur Genehmigung vorlegen. Dieser kann die Genehmigung verweigern, falls er Befürchtungen hegt, daß die öffentliche Ruhe und Ordnung und die Sicherheit der Besatzungstruppen durch die Veranstaltung gefährdet werden könne. Auf die auf dem Rhein verkehrenden Schiffsfahrzeuge findet die Verordnung keine Anwendung.

Die zurückgehaltenen Gefangenen in Avignon.

Berlin, 30. Juli. Der unabhängige Abgeordnete Lipinski hat folgende kleine Anfrage eingebracht: In dem Depot Avignon werden noch 400 Kriegsgefangene festgehalten, die wegen Disziplinarvergehen zu mehrjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden sind und bei denen die Gefahr besteht, daß sie selbst und körperlich zugrunde gehen. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die Befreiung dieser Gefangenen zu erreichen oder ihr Schicksal zu erleichtern?

Ein Dementi.

Danzig, 30. Juli. (W.B.) Gestern Abend war die Ruhe wieder hergestellt. General Hanfing, der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, empfing gestern Abend die Vertreter der Danziger Presse und dementierte die Nachricht des Organs der unabhängigen Sozialdemokraten, wonach 22 englische Soldaten wegen Verweigerung der Entladung des Munitionsdampfers „Triton“ in Haft gesetzt worden sein sollten.

Willkürliche Grenzfestsetzungen durch die Entente.

Katibor, 31. Juli. (W.B.) Die „Neue Oberschles. Zeitung“ meldet: Die Vorkonferenz in Paris hat über die Grenzfürung zwischen der Tscheko-Slowakei, dem polnischen Landchen und dem oberschlesischen Abstammungsgebiet eine neue Entscheidung getroffen, daß die Grenze, die die polnisch-tschekoslowakische Grenzfestsetzungskommission festlegte, bis

zur Beendigung der Abstimmung als Grenze zwischen der tschecho-slowakischen und der polnischen gilt. Wird das ober-schlesische Gebiet durch die Abstimmung polnisch, dann ist die Grenze endgültig. Bleibt das Abstimmungsgebiet deutsch, so wird nochmals in die Prüfung der Grenzführung eingetreten werden. Die Entscheidung bedeutet, daß die Ort-schaften Saatz, Sandau und Opatow vorläufig bis zur Beendigung der Abstimmung unter tschecho-slowakische Verwaltung kommen. Das Reichsministerium des Innern in Berlin wird gegen diese neue Vergewaltigung scharf protestieren. Die Gemeindevorsteher der drei Gemeinden begaben sich zum Vor-sitzenden der Interalliierten Kommission, General Verond, und baten um Abänderung der Entscheidung.

Der polnische Heeresbericht.

Warschau, 30. Juli. (W.B.) Generalstabsbericht vom 29. Juli: Auf dem Nordflügel unserer Nordfront drang der Feind in Ossowice ein. Starke Patrouillen, die er in der Richtung auf Kompa und Wilna aussandte, wurden durch unsere Abteilungen verjagt. Unser Gegenangriff zur Wiedererlangung der Linie Grajew-Ossowice ist im Gange. Südlich von Bialystok und westlich der Bzowischen Heide besetzten wir allmählich die vorbereiteten Stellungen. Südlich der Kobriner Chaussee lockten Abteilungen der polnischen Truppen eine bolschewistische Infanteriebrigade in einen Hinterhalt, vernichteten die Brigade, machten einige hundert Gefangene und erbeuteten 16 Maschinengewehre. Im Süden haben unsere Abteilungen in der Gegend von Brody eine berittene Armee des Feindes angegriffen. Nähere Meldungen über den Ausgang dieses Kampfes stehen noch aus. Am Sereth ist die Lage unverändert.

„Alles wird KV. gemacht“.

Nach einer Meldung der „Morgenpost“ wird in der früheren Provinz Posen die Einziehung der Jahrgänge 1890 bis 1895 rückwärts durchgeföhrt. Die Leute werden, auch wenn sie für Deutschland optiert haben, auf der Straße verhaftet und in die Armee gesteckt.

Ein russischer Bericht.

Paris, 30. Juli. (W.B.) „Savos“ veröffentlicht einen Bericht aus Moskau, in dem es heißt: Wir haben die Festung Ossowicz eingenommen und Gefangene gemacht. Wir verfolgen den Feind weiter in der Richtung auf Kompa. In der Gegend von Bialystok haben unsere Truppen verschiedene Eisenbahnpunkte genommen. Der Feind leistet nur noch schwachen Widerstand. In der Gegend von Larnopol kam es zu einem Gefecht. Unsere Truppen haben den Sereth überschritten.

Der Bolschewisten-Zug nach Osten.

Konstantinopel, 31. Juli. Die Bolschewisten be-ginnen, ihren Weg nach Indien und Persien zu bahnen. Zu diesem Zweck sind ungefähr 100.000 Mann in Aserbeidschan konzentriert. 10.000 Perser liegen in Vaku und werden dort militärisch ausgebildet. Sie sollen den Vormarsch auf Persien beginnen.

Die Entente bricht den Friedensvertrag.

Wien, 30. Juli. (W.B.) In einem mit „Vertrags-treue der Entente“ überschriebenen Artikel erklärt die „Reichs-post“, trotz des Vertrages und trotz der Abstimmung habe die Entente das rechte Weichselufer den Polen zugesprochen. Diese Entscheidung, welche einen offen zutage tretenden Bruch des Versailler Vertrages darstelle, sei geeignet, es deutlich zu machen, daß die Vertragsbestimmungen des Vertrages von Versailles dann nicht als unumstößlich gelten, wenn aus ihrer Erfüllung der Entente Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten erwachsen.

Die Nationalitäten-Frage in Südtirol.

Nach einer Meldung des „Lokal-Anzeigers“ aus Lugano stellte in der parlamentarischen Kommission zur Beratung des Friedens mit Österreich der Abgeordnete Turati einen An-trag auf Trennung von Südtirol in zwei Provinzen, eine nördliche für den deutschen und eine südliche für den italie-nischen Landesteil.

Das 50-jährige Jubiläum der französischen Republik.

Paris, 29. Juli. (W.B.) Der Antrag, das Jubiläum der französischen Republik am gleichen Tage des Abchlusses des Waffenstillstandes, also am 11. November zu begehen, ist von dem Kammerratsrat angenommen worden.

Fordernde Liebe.

Roman von Erich Ebenstein.

(Nachdruck verboten.)

32) Es war klar, er arbeitete bereits auf den Bruch hin. Rein — es konnte gar nicht anders sein! Wie hätte er sonst wegen der kleinen Verabredung solchen Värm schlagen können?

Aber natürlich — er mußte ja einen Vorwand finden. Ganz ohne Anlaß konnte er ihr doch nicht eines schönen Tages den Stuhl vor die Tür setzen. Plötzlich griff sie sich verzweifelt mit beiden Händen an den Kopf.

Was es denn möglich? Er wollte wirklich fort von ihr? So sollte alles enden? Aber sie liebte ihn ja! Sie konnte ihn nicht verlieren! Nie würde sie das überleben.

Was tun? Um Gotteswillen, was tun? Schrie es in ihr. Die abenteuerlichsten unmöglichsten Gedanken kreuzten ihren Kopf.

Wenn sie sich ihm zu Füßen warfe! Ihn ansahle — — — Rein! Das ging nicht. Liebe ließ sich nicht erzwingen. Er würde sie auslachen — im besten Fall bemitleiden!

Dann erwachten wieder Trost und Eifersucht in ihr. Ruhete sie denn gehen? Wenn sie nun einfach nicht in die Scheidung willigte? Dann half der Fürstin all ihre Liebe nichts.

Draußen erklang die Klingel. Nebenher ließ sich unzu-trägliches Stimmengemurmel vernehmen. Heidlofs Ordination hatte begonnen. Aber Daniela hörte es nur wie im Traum. Sie hatte heute nicht einmal wie sonst das Verlangen, zu horchen. Wozu auch? Sie wußte ja nun, was geschehen würde.

Aber plötzlich horchte sie doch gespannt auf. Eine weiche, helle weiche Frauenstimme, die sie noch nie gehört hatte, sprach drinnen. Sprach laut und begeistert. — Das Wort „Lebensretter“ schlug an Danielas Ohr, alles andere blieb unverständlich. Sie sprang auf und schlich an die Tür. Lautlos sah sie die schwere Portiere zurück. Sie wußte aus Erfahrung: wenn man das Ohr dicht an das Schließloch legte, konnte man trotz der Polsterung innen verstehen, was gesprochen wurde.

Die „Boches“ in der französischen Kammer.

Bei der Beratung des Amnestiegesetzes in der Kammer kam es gestern zu einem Zwischenfall. Der Kriegsminister wandte sich gegen einen sozialistischen Änderungsantrag, der die Amnestie auch für die Reutereien der Schwarz-Meer-Flotte verlangte. Die Rede des Ministers wurde von der Kammer unter erregten Zwischenrufen der Linken mit Beifall aufgenommen. Darauf folgten die Tumulte, über die eine Straßburger Zeitung folgendes berichtet:

Mehrere Abgeordnete des Elsaßes und Lothringens, darunter der Comte de Reusse, Dr. Francois und Dr. Pfleger, beglückwünschten ihn lebhaft. Da fällt von den Bänken der äußersten Linken das Wort „Boches“ und eine furchtbare Erregung bemächtigte sich der Kammer, als mehrere Abgeordnete, darunter Le Mire, aufspringen und ausrufen: „Unsere eifrigen und lothringischen Abgeordneten sind als Boches betitelt worden, wir verlangen eine Erklärung!“ Mehrere Abgeordnete der Rechten, unter ihnen Dr. Francois, gehen mit geballten Fäusten gegen die Bänken der Linken vor, von denen ängstliche Rufe ertönen: „Pas moi!“ Die Saalbediener springen den Aufgereagten in die Arme und halten Dr. Francois nur mit Mühe zurück, während der Abgeordnete Jäger den Sozialisten zusetzt: „Betrachten Sie sich als geohrfeigt!“ Bei der ungeheuren Erregung, die sich der Kammer bemächtigt hat, gelingt es dem Präsidenten Arago nur mit Mühe, zu Worte zu kommen. Man bezeichnet ihm als den Rufer den sozialistischen Deputierten Chausso. Dieser bestreitet die Anschuldigung getan zu haben und erklärt, er habe niemanden mit Boche betitelt, er habe nur gesagt, daß damals, als die Dinge, die heute zur Debatte stän-den, vorfielen, die eifrigen und lothringischen Abgeord-neten noch bei den Boches gewesen seien. Die Erklärung wird von der Kammer sehr kühl und zum Teil mit ironischem Gelächter aufgenommen.

Ein amerikanisches Geschwader nach der Türkei unterwegs.

Washington, 30. Juli. (W.B.) Das Marinedes-partement geht bekannt: Der Kreuzer „St. Louis“ und sechs Zerstörer gehen wahrscheinlich in 14 Tagen nach den türkischen Gewässern ab, um die dort liegenden Schiffe zu verstärken und nötigenfalls das Leben und Eigentum der dortigen Ameri-kaner zu schützen.

Aus Noskes Kieler Erinnerungen.

Der frühere Reichswehrminister Noske hat in einem Buche: „Von Kiel bis Kapp“ Er-innerungen aus der Revolution zusammenge-stellt. Die „Münchener Neuesten Nachr.“ ver-öffentlichen aus dem Werke, das in den näch-sten Tagen im Verlag für Politik und Wirt-schaft, Berlin W 35, erscheinen wird, die Schil-derung Noskes von der letzten Fahrt der deut-schen Flotte.

Au sein blohes Nachwort hin mußte die stolze deutsche Flotte dem Sieger ausgeliefert werden. Der Waffenstil-stand bestimmte die Internierung der besten unserer Kriegs-schiffe in einem noch zu nennenden Hafen. Mit der Arbeit für die Abrüstung der Schiffe und der Vorbereitung für die letzte Fahrt mußte unverzüglich begonnen werden. An Mannschaften dazu fehlte es nicht, trotzdem in großem Um-fange Entlassungen erfolgt waren, um den überhitzten Ressel Kiel, wo gegen 80.000 Mann zusammengeballt saßen, zu entspannen. Die Leute drängten auch nach Hause. Je nach-dem, in welche Hände sie kamen, sind die Matrosen im Lande der Schrecken der Bevölkerung oder ihr sicherster Schutz ge worden. Das Menschenmaterial war nicht schlechter als unser Volk im allgemeinen. Nur weniger verbraucht als die Land-soldaten und deshalb waren die Blaujaden in der Regel unter-nehmungslustiger.

Regelrechter Dienst wurde auf den Schiffen nicht getan. Offiziere, die auf Ordnung saßen, wurden an Bord nicht geduldet. Zwar wurden Kommandanten gewählt, doch hatten sie keine Befehlsgewalt. Nur einzelne dieser Leute wußten sich Autorität zu verschaffen. An Bord eines Schiffes besetzte sich ein Mann bei mir, er habe kein Mittagessen erhalten. Der Soldatenrat dieses Kreuzers setzte durch, daß es nichts zu essen gab, wenn jemand nicht pünktlich zu der geringfügigen Arbeit erschien. Andere Schiffsführer mußten sich allerdings gefallen lassen, daß

„Lebensretter“ — das konnte nur die Fürstin Laban sein! Vielleicht hatte sie in ihrer verlobten Ungeduld gar nicht erst bis morgen warten wollen.

Aber sie war es nicht, sondern Lore Sand.

Denn eben sagte Heidlofs: „Es ist sehr lieb von Ihnen, Fräulein Sand, daß Ihr erster Weg, nachdem Sie das Sanatorium verlassen haben, mir gilt!“

„Es ist nur natürlich“, antwortete die weiche Mädchen-stimme. „Verdänte ich Ihnen denn nicht alles? Daß ich wieder ein lebensfähiger Mensch bin, arbeiten kann und nun sogar an ein Glas denken darf, das mir ohne Sie ewig verschlossen geblieben wäre! Wieviel haben Sie für mich getan! Sogar an eine Wohnung dachten Sie, wie man mir sagte.“

„Waren Sie schon draußen?“ unterbrach er sie rasch.

„Rein. Es drängte mich zuerst, Ihnen noch einmal so recht aus Herzensgrund zu danken!“

„Ach, lassen Sie das doch! Der beste Dank für mich ist, wenn ich zuweilen in Ihr frisches, liebes Gesichtchen sehen und ein Stündchen mit Ihnen verplaudern darf! Dann darf ich mir ja sagen: dies ist ein wenig mit dem Wert! Glauben Sie mir, darüber werde ich mich freuen!“

„Gibt es solche auch für Sie, den kühnen Bezwingen von Leid und Tod?“

„Sie bleiben wohl niemand erspart! Doppelt bitter sind sie, wenn sie uns — mitten ins Herz treffen! Denn das Herz verwindet Enttäuschungen nicht so leicht, als der Ver-stand. Nur die teilnehmende Wärme eines anderen Herzens kann dann der Glauben in uns wieder aufrichten, daß es auf dieser Erde überhaupt noch Gutes gibt — aber lassen wir dies“, unterbrach er sich wie ärgerlich über sich selbst, so viel gesagt zu haben. „Wir wollen lieber von Ihnen sprechen, das ist erquicklicher. Haben Sie sich schon einen Plan gemacht, wie Sie Ihre Zeit draußen verbringen werden? Denn vor dem Herbst dürfen Sie nicht daran denken, den Schulunterricht wieder aufzunehmen — wenn Sie es überhaupt je wieder tun.“

gewalttätige Kerle drohten, ihnen den Schädel einzuschlagen, wenn ihnen Befehle gegeben wurden. Die Mehrzahl der Schiffe geriet in einen Zustand arger Verlotterung.

Samstag abend, 16. November, gab es neue unge-ordnete erste Angelegenheiten. Der Flottenchef hatte eine Anzahl großer Kreuzer von Wilhelmshafen nach Kiel fahren lassen, damit die dort beheimateten Leute sich von ihren Angehörigen verabschieden könnten. Bisher waren die Besatzungen dieser Schiffe noch ziemlich fest in der Hand der Komman-danten gewesen. Sowie viel Leute an Land kamen und er-fuhren, wie in Kiel mit den Offizieren ausgedummt worden war, getrieben sie in radikaleres Jagdwasser. Versammlungen wurden an Bord abgehalten, und die Ausschiffung mißlie-biger Offiziere gefordert. Die Marschfähigkeit der Schiffe konnte in Frage gestellt werden. Sonntag morgen sah ich des-halb früh in der Pinnasse und fuhr zu den Schiffen heraus, hielt Ansprachen, verhandelte mit Vertrauensleuten und Offi-ziern mit dem Ergebnis, daß man rechtzeitig den Kanal passierte.

Zu den Schiffen, auf denen es mit der Arbeit nicht vorangehen wollte, gehörte das Schlachtschiff „König“, auf dem am 5. November der Kommandant niedergeschossen worden war. Ich ging eines Tages an Bord, ließ an-treten und machte den Leuten gehörig den Standpunkt klar. Schiffskommandant spielte ein kleiner Obermatrose D..., der in belustigender Weise mit mir nur im Tone strengster militärischer Unterordnung sprach. In strammer Haltung hat nie ein Mann vor seinem Admiral gestanden, als er vor mir. Er gelobte, nun werde mit dem Aufgebot aller Kraft gearbeitet werden. Er und seine Leute hielten Wort. Eines Tages erhielt ich folgendes Schreiben:

„Hochzuverehrender Herr Gouverneur!“

Der Soldatenrat vom Kriegsschiff „König“ bittet im Einverständnis der Offiziere und Bedoffiziere, Herrn Gouverneur vor Fortgang des Schiffes zur Internierung zu einem gefälligen Zusammensein Samstag abend, 8 Uhr, her-zulicht anzufragen. Auf Ihre Erscheinen rechnen mit größter Bestimmtheit der erste Vertrauensmann. Es liegt ihm sehr daran, Herrn Gouverneur die unwägbare Wirkung Ihrer letzten Rede zu versichern. Schiff ist klar zur Internierung. Der erste Vertrauensmann vom Linienschiff „König“: D...“

Pünktlich traf ich mit zwei Mitgliedern des Soldaten-rates an Bord ein. Feierliche Begrüßung fand statt. Dann wurden wir in die Offiziersmesse geleitet. Die Rangord-nung wurde streng innegehalten; auf dem Ehrenplatz der Gouverneur, rechts der Kommandant-Soldatenrat, links von mir der Offizier, der das Schiff führen sollte. Dann folgten der erste Ingenieur, die anderen Offiziere, die Bedoffi-ziere und Chargierten. Die Mannschaften saßen von drau-ßen zu; im Nebentraum machte die Schiffskapelle Tafelmusik zu belegten Broten und Bier. Mit einigen ersten Worten verabschiedete ich mich von den Leuten, gedachte der Not unseres Volkes und wünschte ihnen gute Heimkehr von der traurigen Fahrt. Wenn der Anlaß nicht so traurig ge-wesen wäre, hätte man sich vor Vergnügen lugeln können wegen der Rede, die der kleine D... hielt. Einen blöderen Phrasendresch habe ich kaum vorher gehört. Zum Schluß ver-abschiedete dieser Revolutionär, er halte es mit Bismarck und sage: „Wir Deutschen fürchten Gott allein und sonst nichts auf der Welt.“ Ich machte, daß ich nach Hause kam.

Es war ein übler, düsterer Novembertag, als ich am 17. November gegen Mittag auf der Kanalschleuse stand, um der Abfahrt der Schlachtschiffe zuzusehen. Reihigen eifer-nen Festungen gleich schoben sich die modernsten Angetriebe, von denen nur ganz wenige in der Schlacht gewesen waren, in die Kammern. Ein beträchtlicher Teil deutschen Rati-onalvermögens schwamm auf Nimmerwiedersehen der eng-lischen Küste zu. Von der Mannschaft waren sich viele sichtlich der tiefen nationalen Schmach, die mit dieser Fahrt ver-bunden war, nicht bewußt. Es wurde gejoßt und geulst. Als aber von einem der Schiffe — den Namen habe ich vergessen — eine lustige Weise der Kapelle erkante, da spukte ich voller Ekel aus, stieg in die Pinnasse und ließ mich weit aufs Meer hinausfahren.

Lokaler und vermischter Teil.

Wienburg, den 2. August 1920.

„Promotion. Herr Ernst Friedrich Moser von hier promovierte an der Universität Würzburg zum Doktor jur. et rer. pol.“

„Das haben Sie mir bereits angekündigt und es trifft mich insofern nicht schwer, als ich ja vor Herbst ohnehin auf keine Anstellung rechnen konnte. Dafür will ich die unfreiwillige Ruhe benutzen, um meine Privatstunden wieder aufzunehmen.“

„Oho! Dagegen lege ich mein Veto ein. Sie sind ge-heilt, aber noch lange nicht arbeitsfähig. Sie werden also gar nichts tun als paulenzen, möglichst viel in frischer Luft sein und sich pflegen.“

„Das ist unmöglich! Mindestens einige Stunden muß ich aufnehmen. Ich stehe schon so tief in Ihrer Schuld, daß ich abseht nicht.“

„Bah, reden Sie davon nicht! Ihr Fall hat mir Ge-legenheit gegeben, mein Können zu zeigen, und das bringt mir zehnmal mehr ein, als die Hülfe, die ich Ihnen leiste. Bis Sie selbst wieder ohne Schaden erwerben können. Wer A sagt, muß auch B sagen — Sie haben sich mir einmal anvertraut, und ich will Sie nicht nur gesund, sondern auch fröhlich und kräftig dem Leben übergeben! Das wäre un-vollständige Arbeit, wollte ich Ihnen bloß das bishigen Leben und nicht auch die Zukunft, es dauernd zu bewältigen, gegeben haben!“

„Aber, Herr Dozent — woher können Sie, wenn Sie bei allen Patienten so dächten!“

„Sie sind eben nicht „alle Patienten“, sondern eine Aus-nahme Fräulein Lore!“

„Rein — ich kann das auf keinen Fall annehmen.“

„Sie müssen es, wenn Sie wirklich einen Funken Dank-barkeit für mich fühlen! Warum wollen Sie mir nicht die kleine Genugtuung gönnen, doch wenigstens einmal ein wenig beizutragen zu dem Gluck eines anderen Menschen — da er mir in dem Leben ohnehin nicht glücken will?“ Seine Stimme war weich geworden. Eine Pause trat ein.

Endlich sagte Lore Sand leise: „Gut, ich nehme es an, da es Ihr Wunsch ist. Aber nur unter der Bedingung, Ihnen später alles zurückzuerstatten, wenn ich dazu in der Lage bin!“

(Fortsetzung folgt.)

besonderen Fall hat jetzt der Oberpräsident
Brandenburg als Denkmilmadungs-Kommissionar
den Arbeiter, die freiwillig die Arbeit nieder-
legen, keinen Anspruch auf Wiedereinstellung haben.
Ein Arbeiter einer Gildengesellschaft war trotz Be-
tarifvertrages in den Streik eingetreten und
wurde in Folge dessen in die Liste der Streik-
brecher eingeschrieben. Der Arbeiter aus
Groß-Berlin wies die Klage ab mit der
Begründung, das Arbeitsverhältnis wäre durch Streik beendet
worden. Der Arbeitgeber habe in diesem Falle das Recht zu for-

* „Das Tragen von Dirndlskostümen verboten! Der tschechische Stadtrat der Stadt Eidenbüchl, einer Stadt, die noch vor kurzer Zeit überwiegend deutsch war, nach und nach aber durch die bekannten Mit-„tschechisiert“ wurde, hat das Tragen von Dirndlskostümen verboten, „weil diese eine deutsche Alpentracht darstellen (!)“. Der Stadtrat hat weiter das Deutschsprechen auf öffentlichen Plätzen unterlagt.

012 012 2222222222 2222222222 222 222 2222222222 222 222 222222

nen bei Druck der Porzellanablage gewonnen

Ihre stattgefundene
VERLOBUNG
geben bekannt

Hedwig Schauss
Adolf Schneider

Ohren Ennerich

August 1920. 2(175)

Für die bei dem Hinscheiden unserer lieben
Tochter und Schwester

Marta Weber

erwiesene Teilnahme aller Verwandten, Freunden
und Bekannten herzlichen Dank.

Familie Weber.

Limburg, den 31. Juli 1920. 6(175)

Mieter-Schutzverein G. B. Limburg.

**Dienstag, den 3. August, abends 8¹/₄ Uhr, im kleinen
Saale der Turnhalle:**

Außerordentliche Hauptversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des 1. Vorsitzenden über den Stand der Mieter-
organisationen und Beschlüsse der Tagungen in Frankfurt,
Raumburg und Dresden;
2. Satzungsänderungen;
3. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktlich das
Erscheinen sämtlicher Mitglieder. Gäste sind willkommen

11(174) Der Vorstand.

Bis 31. August verreist.

Dr. med. Loeb.

11(176)

Verreist bis 9. August.

A. Michels, Dentist.

8(175)

Kunstlicht-Atelier! Foto-Handlung!

Fotografien in künstl. Ausführung.
Vergrößerungen nach jedem Bilde.
Schnellste Lieferung.

Geöffnet an Wochentagen von 8—6 Uhr,
an Sonntagen von 10—12 Uhr.

Billigste Bezugsquelle für Amateure.

Alle Neuheiten der Amateur-Fotografie.
Kostenlose fachm. Beratung.

Uebernahme aller Amateurarbeiten in
sorgfältigster sauberer Ausführung.

Fotohaus A. Hardt, Limburg.

3(175) Obere Grabenstrasse 90.

Achtung!

Bis am **Dienstag morgen von 7 Uhr an** auf
dem Markt in **Limburg** und verkaufe zu den billigsten
Tagespreisen:

**ein Waggon Einmachgurken
und Einmachbohnen.**

Wilh. Hübinger
(aus Wiesbaden.)

1(175)

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend unsern
lieben, guten Vater, Bruder, Schwiegervater, Grossvater, Schwa-
ger und Onkel

Karl Ludwig Deusser

im 80. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Deusser.

**Mensfelden, Limburg, Frankfurt, Wiesbaden, Oberneisen,
Linter, Netzbach, den 1. August 1920, 12(175)**

Die Beerdigung findet Dienstag den 3. August, nachmittags
1¹/₂ Uhr in **Mensfelden** statt.

Allgemeine Ortskrankenkasse des Kreises Limburg.

Mit Wirkung ab 1. August 1920 sind durch Satzungsänderung VII die Zusatz-
beiträge für die Familienversicherung auf 30 Pfennig für jeden Arbeitstag (monat-
lich also rund 7,50 M.) festgelegt worden. Die Beiträge sind wie bisher jeden Monat von
den Beitragspflichtigen **unangefordert** an unsere Kassen zu zahlen.

Gleichzeitig treten folgende Satzungsänderungen in Kraft:

- a) Der Höchstbetrag für kleinere Heilmittel und für Zuschüsse zu den Kosten größerer
Heilmittel (§ 19 Ziffer 1) ist auf 100 M. erhöht worden, desgleichen der Höchst-
betrag für Zuschüsse zu Heilmitteln (§ 24) auf 150 M. und für kleinere Heil-
mittel an Familienangehörige (§ 30a Ziffer 1c) auf 20 M.
- b) Familienangehörige erhalten künftig die gleiche ärztliche Behandlung wie die Kassen-
mitglieder selbst (§ 30a Ziffer 4a).
- c) Anstelle der Familienwochenhilfe (§ 30a Ziffer 2) ist die Wochenhilfe nach dem
Gesetz vom 30. April d. J. getreten.

Limburg, den 31. Juli 1920. 7(175)

**Frucht- und
Kartoffel-Säcke**

in bester Qualität. 8(175)

Bei Abnahme von 12 Stück en gros-Preis.

Wilhelm Lehnard sen.

Limburg.

Fernsprecher 144 Kornmarkt 1.

Die Geschäftswelt

muss im eigenen Interesse über
alle behördlichen Verfügungen
auf dem Laufenden bleiben. Der

Limburger Anzeiger

der als amtliches Kreisblatt das
Sprachrohr der Behörden ist, bil-
det deshalb nach wie vor für
jeden Geschäftsmann ein unent-
behrliches Informations- u. Nach-
schlageblatt. Bestellungen werden
jederzeit in der Geschäftsstelle,
Brückengasse 11, sowie von allen
Trägerinnen entgegengenommen.

Bestellen Sie sofort

mit Ihrem Postamt zur Probe Nordwest-
Deutschlands bedeutendste Zeitung:

**Das Hamburger
Fremdenblatt**

mit Handels- und Schiffsverkehrs-Nachrichten
und Kupferstich-Druck-Kollage
Rundschau im Bilde

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Frühbirnen

abzugeben.

Untere Schiffe

Hoch angelegene
unverwundliche
der Unfall-, Polster-
Branchen, hat ihre

Hauptagenten

mit Inzasso zu verglei-
chen, welche in der
das bestehende Ge-
auszubauen, bietet
legenheit zur Schaffung
tender Nebeneinnahmen
Gest. Angebote unter
gabe von Referenzen an
N. G. 876 an Rudolf
Frankfurt a. Main.

**10—15 gute
Steinbrecher**

für Kalksteinbrüche ge-
sucht.

Betriebsführer Stre-
Steeden a. d. Lahn

**Monatsmädchen od.
Sofort gesucht.**

Schweizerzige

mit Lamm zu verkaufen
5(175) Löhre

**Handwerker
Gewerbetreibende**

erhalten Auskunft, Rat
in allen Angelegenheiten
Wirtschaftsfragen
Roboter-Maschinen
Fachliche Beratung
Steuersachen
Rechtsfragen
Technisches Rat
Forderungen
Buchführung

durch die Geschäfts-
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe
Limburg a. d. Lahn
im Schloss Furt

Neue Kelter

1 Jahr gebraucht, Spindelpresse v. Mayrath zu
Kellerei Einscheid, Weinähr

Deutsche Warte

Tageszeitung
für Lebens-, Wirtschafts- und
Bodenreform
mit den Beiblättern
Land- und Hauswirtschaft — Gesund-
heitswarte — Jugendwarte — Der
Sonntag — Frauenzeitung und täg-
liches Unterhaltungsblatt.

Monatlich nur 6 Mark
Berlin NW 6.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Betrage
Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Ver-
angebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer
liegen (also aller Luxusgegenstände) nur noch zur Veräu-
lichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Verkäufer
Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort
Straße nennt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche
öffentliche Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit-
zuteilen, dass von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer be-
tragsmäßig festgestellt werden kann. Diese Steuer beträgt
Verkäufers Einkommen bei der Festsetzung des Verkaufspreises
hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.